

## **Anfragen zum Plenum**

**vom 11. Mai 2009**

**mit den dazu eingegangenen Antworten der Staatsregierung**

### **Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ackermann, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Hartmann, Ludwig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer, Peter (FW)	1	Jung, Claudia (FW)	11
Biedefeld, Susann (SPD)	7	Kamm, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Daxenberger, Sepp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16	Meyer, Peter (FW)	23
Dittmar, Sabine (SPD)	8	Mütze, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Dr. Dürr, Sepp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2	Dr. Runge, Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Dr. Fahn, Hans Jürgen (FW)	21	Scharfenberg, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Felbinger, Günther (FW)	9	Schweiger, Tanja (FW)	15
Glauber, Thorsten (FW)	22	Sprinkart, Adi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Gote, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3	Strobl, Reinhold (SPD)	13
Gottstein, Eva (FW)	10	Tausendfreund, Susanna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Hallitzky, Eike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17		

Zu den Entscheidungen der Einstellungsbehörden verfügt das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst über Zahlen seit 2000. Danach verweigerten im Jahr 2005 an einer bayerischen Fachhochschule drei tunesische Bewerber für eine Tätigkeit als studentische Hilfskraft die Mitwirkung am Verfassungstreueverfahren und wurden daraufhin nicht eingestellt. Im Jahr 2008 wurde an einer bayerischen Universität ein Bewerber aufgrund des Ergebnisses der Verfassungsschutzanfrage (Unterstützung ausländerextremistischer Bestrebungen) nicht als nebenberufliche Hilfskraft eingestellt. Weitere Fälle sind nicht bekannt.

#### Rasterfahndungsmaßnahmen nach dem 11. September 2001

Zu den im Rahmen der Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 erfassten Daten wurden beim Landeskriminalamt die Datensätze bzw. Personendatensätze gelöscht und alle Unterlagen vernichtet, so dass zu den angefragten Zahlen keine aktuellen Auswertungen mehr vorgenommen werden können (vgl. LT-Drs. 15/6257 vom 22.08.2006).

#### Sicherheitspartnerschaft zur Sensibilisierung im Hochschulbereich

Die so genannte Sicherheitspartnerschaft des Verfassungsschutzes mit den im Hochschulumfeld tätigen Institutionen ist eine Konsequenz aus den fehlgeschlagenen Kofferbombenanschlägen auf zwei Regionalzüge im Sommer 2006. In der Folge dieses Anschlagversuchs hatte die IMK mit Beschluss vom 16./17.11.2006 aus einem Bericht der Sicherheitsbehörden entwickelte Handlungsempfehlungen für Ziel führend erachtet. Unter anderem sollten demnach insbesondere (Fach-)Hochschulen, Studienkollegien und andere im Hochschulumfeld tätige Institutionen für Sicherheitsbelange sensibilisiert werden und eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft (Ansprechpartner) angeregt werden.

In Bayern hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Umsetzung des IMK-Beschlusses übernommen. Es ist im allgemeinen Interesse, dass Personen, die Kenntnis von extremistischen Äußerungen, auffälligen Verhaltensweisen oder einschlägigen Kontakten erhalten, sensibilisiert werden, die Sicherheitsbehörden zu informieren, damit offenes und latentes Gefährdungspotenzial frühzeitig erkannt werden kann. Nach derzeitigem Sachstand hat das Landesamt für Verfassungsschutz mit allen Hochschulen und im Hochschulumfeld tätigen Institutionen entsprechende Informationsgespräche geführt. Dabei liegt der Schwerpunkt allerdings nicht auf der Staatsangehörigkeit der Betroffenen, sondern auf entsprechenden Radikalisierungsindikatoren. Beim Landesamt für Verfassungsschutz sind als Folge dieser Sensibilisierungsmaßnahme bislang ca. 50 Hinweise eingegangen.

4. Abgeordneter **Ludwig Hartmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Nachdem für die Stadt Freudenberg (Baden-Württemberg) eine Umgehungsstraße, die durch den bayerischen Ort Kirschfurt führt, geplant ist, deren Hauptbestandteil eine sehr große Brücke ist, die in den Ort Kirschfurt hineingeht, und eine Straße, die direkt durch den Ort führt, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe ist der Freistaat Bayern an den Kosten der Planung und der Umsetzung beteiligt, welche Maßnahmen zum Lärmschutz und der Verkehrssicherheit der Kirschfurter Bevölkerung werden ergriffen und welchen Nutzen erhofft sich die Staatsregierung für Bayern aus dem Projekt?

#### **Antwort des Staatsministeriums des Innern**

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sind im Bereich Kirschfurt (Bayern) und Freudenberg (Baden-Württemberg) zwei Maßnahmen geplant und aufeinander abgestimmt: eine Ortsumgehung von Freudenberg im Zuge der L 2310 mit einem langen Tunnel zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Freudenberg (auf baden-württembergischer Seite) sowie eine Verlegung der St 2315 bei Kirschfurt (auf bayerischer Seite) mit neuer

Mainbrücke. Beide Projekte sollen in enger zeitlicher Abstimmung realisiert werden, um eine spürbare einseitige Verkehrsverlagerung zu Lasten einer Mainseite zu unterbinden.

#### Kostenbeteiligung des Freistaates Bayern

Die Kosten für die Verlegung der St 2315 bei Kirschfurt betragen nach aktuellem Planungsstand 9,7 Millionen Euro. Das Land Baden-Württemberg ist mit 3,0 Millionen Euro an den Kosten der Mainbrücke beteiligt, da die Landesgrenze in Flussmitte verläuft. Im noch abzuschließenden Verwaltungsabkommen wird auch die anteilige Übernahme der Planungskosten durch das Land Baden-Württemberg geregelt werden.

Die Planungs- und Baukosten für die Ortsumgehung Freudenberg trägt das Land Baden-Württemberg.

#### Maßnahmen zum Lärmschutz und zur Verkehrssicherheit

Im Rahmen der Planung werden die Lärmschutzmaßnahmen entsprechend den geltenden gesetzlichen Grundlagen bemessen und festgelegt.

Die Planung wird entsprechend den technischen Regelwerken erfolgen, so dass die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer gegeben ist.

#### Erhoffte Projektnutzen

Durch die Verlegung der St 2315 bei Kirschfurt soll vor allem eine bessere Verkehrsanbindung der bayerischen Mainseite durch Ausschaltung der bestehenden Engstellen in Kirschfurt und Freudenberg und dadurch eine Stärkung der bayerischen Gemeinden Collenberg, Dorfprozelten, Stadtprozelten und Faulbach erreicht werden.

5. Abgeordneter **Thomas Mütze** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachdem für die Stadt Freudenberg (Baden-Württemberg) eine Umgehungsstraße, die durch den bayerischen Ort Kirschfurt führt, geplant ist, deren Hauptbestandteil eine sehr große Brücke ist, die in den Ort Kirschfurt hineingeht, und eine Straße, die direkt durch den Ort führt, frage ich die Staatsregierung, wie ist der Stand der Planungen, sind Planungsalternativen im weiteren Umfeld in Erwägung gezogen worden und wie werden die Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung eingeschätzt?

#### **Antwort des Staatsministeriums des Innern**

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sind im Bereich Kirschfurt (Bayern) und Freudenberg (Baden-Württemberg) zwei Maßnahmen geplant und aufeinander abgestimmt: eine Ortsumgehung von Freudenberg im Zuge der L 2310 mit einem langen Tunnel zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Freudenberg (auf baden-württembergischer Seite) sowie eine Verlegung der St 2315 bei Kirschfurt auf bayerischer Seite mit neuer Mainbrücke. Beide Projekte sollen in enger zeitlicher Abstimmung realisiert werden, um eine spürbare einseitige Verkehrsverlagerung zu Lasten einer Mainseite zu unterbinden.

#### Stand der Planungen

Die Voruntersuchungen zur Linienführung der Verlegung der St 2315 bei Kirschfurt sind abgeschlossen. Auf Anregung der Gemeinde Collenberg hat das Staatliche Bauamt Aschaffenburg einen alternativen Brückenstandort etwa 400 Meter stromabwärts der bislang geplanten Brücke untersucht, der auch den weiteren Planungen zu Grunde gelegt wird. Das Staatliche Bauamt Aschaffenburg erstellt derzeit den Vorentwurf. Dieser wird voraussichtlich Ende 2009 vorliegen und dann der Regierung von Unterfranken und der Obersten Baubehörde zur haushaltsrechtlichen Genehmigung vorgelegt werden. Parallel dazu laufen die Planungen auf baden-württembergischer Seite für die Ortsumgehung Freudenberg.